



## Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 24. November 2023

### **Vorschau auf die Kantonsratsdoppelsitzung vom Montag, 27. November 2023**

Fokusthema: **Inneres und Sicherheit**

*Der Zürcher Kantonsrat wird sich am Montag vor allem mit Vorstössen aus der Zuständigkeit der Direktion für Justiz und Inneres (Vormittag) und der Sicherheitsdirektion (Nachmittag) befassen. Die Palette der Themen reicht von Gebühren bei privaten Beistandschaften über Parteiwechsel unmittelbar nach der Wahl bis zu Asylfragen. Ausserdem sind mehrere Jahresberichte traktandiert.*

#### **Berichte der anerkannten Religionsgemeinschaften und der BVG- und Stiftungsaufsicht**

Zum Auftakt der Sitzung befasst sich der Rat mit den Jahresberichten der anerkannten Religionsgemeinschaften ([5934](#)). Die fünf Religionsgemeinschaften (Evangelisch-reformierte Landeskirche, Römisch-katholische Körperschaft, Christkatholische Kirchgemeinde, Israelitische Cultusgemeinde Zürich und Jüdische Liberale Gemeinde) berichten darin unter anderem auch über ihre Tätigkeiten mit gesamtgesellschaftlicher Bedeutung, die der Kanton mit Kostenbeiträgen mitträgt. Die Evangelisch-reformierte Landeskirche, die Römisch-katholische Körperschaft und die Christkatholische Kirchgemeinde legen jeweils auch den Nachweis vor, dass sie die Erträge aus den juristischen Kirchensteuern nicht für kultische Zwecke verwenden (Einhaltung der negativen Zweckbindung). Der Kantonsrat nimmt diese Berichte mit einer Diskussion zur Kenntnis. Eine Genehmigung ist nicht vorgesehen, weil die Religionsgemeinschaften Autonomie geniessen. Anders verhält es sich beim anschliessend traktandierten Geschäftsbericht und der Jahresrechnung 2022 der BVG- und Stiftungsaufsicht ([5929](#)). Hier muss der Kantonsrat die Berichterstattung genehmigen. In beiden Fällen – bei den Religionsgemeinschaften wie bei der Stiftungsaufsicht – beantragt die Geschäftsprüfungskommission (GPK) einstimmig die Kenntnisnahme bzw. die Genehmigung.

GPK-Präsident: Jean-Philippe Pinto (Die Mitte, Volketswil), 076 385 58 22

#### **Vorstösse aus dem Bereich Justiz und Inneres**

Am Vormittag wird der Rat die Vorstösse behandeln, die in die Zuständigkeit der Direktion der Justiz und des Innern (JI) fallen. Es sind Motionen, Postulate und Interpellationen traktandiert. Bei den Motionen geht es unter anderem um Erleichterungen für Eltern oder Kinder, die Familienangehörige im selben Haushalt als private Beistände betreuen ([KR-Nr. 434/2021](#)). Konkret fordert SVP-Vertreter René Isler, diese von Verfahrensgebühren zu befreien. Von der Grünen Wilma Willi kommt die Forderung, Massenüberwachung im öffentlichen Raum mit Gesichtserkennung zu verbieten ([KR-Nr. 329/2022](#)). Sie wird von der SP, der GLP und der AL unterstützt. Und EDU-Kantonsrat Erich Vontobel verlangt vom Regierungsrat eine Regelung für den Fall, dass eine in den Kantonsrat gewählte Person in den Wochen zwischen der Wahl und dem Amtsantritt die Partei wechselt ([KR-Nr. 72/2023](#)). Der Sitz solle in dieser Zeit bei der ursprünglichen Partei verbleiben und entsprechend an die erste Ersatzperson gehen, fordert Vontobel.

Um «eine gerechte Kulturverteilung» geht es beim ersten Postulat auf der Liste. SVP-Kantonsrat Paul von Euw schlägt vor, in der Kulturförderung statt der Beiträge für Institutionen ein Rückerstattungssystem für das Publikum bzw. Kulturgutscheine für jedermann einzuführen ([KR-Nr. 366/2021](#)). Ebenfalls ein Postulat ist inzwischen die von der SP unterstützte Forderung der Grünen Jeannette Büsser, ein Erbteilungsamt zu schaffen, das Erbinnen und Erben bei der Nachlassregelung unterstützt ([KR-Nr. 27/2023](#)). Dieser Vorstoss war ursprünglich als Motion lanciert worden, wurde dann aber umgewandelt, nachdem der Regierungsrat erklärt hatte, ihn als Postulat entgegenzunehmen. Die anderen hier genannten Vorstösse lehnt der Regierungsrat ab. Werden die Vorstösse überwiesen, muss der Regierungsrat innert zweier Jahre Bericht erstatten und im Fall der Motionen auch eine konkrete Vorlage zur Umsetzung des Anliegens präsentieren.

Bei den Interpellationen hingegen entscheidet der Rat nicht über eine Überweisung. Sie werden mit der Diskussion über die Antwort des Regierungsrates erledigt. Debattiert wird hier über politisch motivierte Krawalle ([KR-Nr. 61/2022](#)), über Gewalt gegen Polizisten und Rettungskräfte ([KR-Nr. 135/2022](#)) und über Delikte während eines Hafturlaubs ([KR-Nr. 395/2022](#)). Für die genaue Reihenfolge der Traktanden konsultieren Sie bitte die unten verlinkte Liste.

René Isler (SVP, Winterthur), 079 201 53 32  
Wilma Willi (Grüne, Stadel), 078 875 70 22  
Erich Vontobel (EDU, Bubikon), 079 459 90 61  
Paul von Euw (SVP, Bauma), 079 126 91 91  
Jeannette Büsser (Grüne, Horgen), 077 255 27 56

### **Vorstösse zur Kontrollschildversteigerung und zum Asylbereich**

Auch der Nachmittag beginnt mit einem Jahresbericht, und zwar mit jenem des Forensischen Instituts (FOR). Die GPK beantragt auch hier einstimmig die Genehmigung. Das FOR ist seit dem 1. Januar 2022 eine selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt des Kantons. Entstanden ist es aus der Zusammenführung der Kriminaltechnischen Abteilung der Kantonspolizei Zürich und des Wissenschaftlichen Dienstes bzw. des Wissenschaftlichen Forschungsdienstes der Stadtpolizei Zürich. Anschliessend diskutiert der Rat über drei Vorstösse, die in der Zuständigkeit der Sicherheitsdirektion liegen. Zuerst steht die Motion von SVP-Kantonsrat Karl Heinz Meyer zur Debatte, der mit Unterstützung der FDP und der Mitte verlangt, die Erlöse aus der Versteigerung von Kontrollschildern dem Strassenfonds zuzuleiten ([KR-Nr. 176/2023](#)). Mit der zweiten Motion fordert SVP-Kantonsrat Patrick Walder, dass erwachsene und arbeitsfähige Personen ohne Betreuungspflichten und Arbeit unentgeltlich für die Gemeinschaft arbeiten sollen ([KR-Nr. 189/2023](#)). Er schlägt beispielsweise Putz- und Aufräumarbeiten in der Öffentlichkeit oder die Mithilfe in Heimen vor. Auch diese Motionen beantragt der Regierungsrat abzulehnen. Die anschliessende Interpellation thematisiert Missstände in den Asylunterkünften für jugendliche Geflüchtete in der ehemaligen Polizeikaserne ([KR-Nr. 247/2023](#)). Es geht unter anderem um die Zimmergrössen und die Belegung, Massnahmen zur psychischen Unterstützung und schwere Vorfälle.

Die danach traktandierten zweiten Lesungen zum Zukunftspreis ([KR-Nr. 17/2023](#)) und zur Regierungsbeteiligung an Kommissionssitzungen ([KR-Nr. 120/2022](#)) dürften Formsache sein. Es geht nur mehr um die redaktionelle Bereinigung. Sollte dann noch Zeit verbleiben, kann sich der Rat einer Reihe von parlamentarischen Initiativen widmen, bei denen er über die vorläufige Unterstützung und damit die Überweisung an eine Kommission entscheidet. 60 Stimmen sind dazu nötig.

GPK-Präsident: Jean-Philippe Pinto (Die Mitte, Volketswil), 076 385 58 22  
Karl Heinz Meyer (SVP, Neerach), 079 700 22 21  
Patrick Walder (SVP, Dübendorf), 078 820 33 68  
REDKO-Präsidentin: Christa Stünzi (GLP, Horgen), 079 771 76 63

*Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.*

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:  
Sylvie Matter, Kantonsratspräsidentin, 079 659 54 00  
Frank Sieber, Dokumentation und Öffentlichkeitsarbeit, 043 259 20 37

Parlamentdienste, Medienstelle, Hirschengraben 40, Postfach, 8090 Zürich  
Telefon: 043 259 20 37 – frank.sieber@pd.zh.ch